

Presseerklärung

Stimmung in der Justiz in Nordrhein-Westfalen erreicht einen Tiefpunkt in diesem Jahrtausend. Haushaltsgesetzgeber reagiert nicht auf massive Probleme

„Ich bin seit 1997 als Richter in der Justiz in NRW und habe noch nie eine so große Unzufriedenheit festgestellt.“, bilanzierte der Geschäftsführer des Bundes der Richter und Staatsanwälte (DRB NRW), Prof. Dr. Gerd Hamme am 05.09.2024 im Haushalts- und Finanzausschuss des Landtages.

Das Stimmungstief hat mehrere Ursachen, die vor allem im Bereich IT-Funktionalität, Nachwuchs und Besoldung zu finden sind.

Zum **Bereich IT** erklärte der Vorsitzende des DRB NRW, Christian Friehoff: *„Permanente Systemabbrüche und Performanceprobleme in der IT führen dazu, dass sich die normale Arbeitszeit um mindestens 20 % verlängert, weil zwischendurch immer wieder nicht oder nur „schleichend“ gearbeitet werden kann. Dass die IT nicht oder nur schlecht funktioniert, ist im Arbeitsalltag mittlerweile leider eher die Regel als die Ausnahme. Selbst hochmotivierte und technikaffine Menschen sind entnervt und frustriert. Der Höhepunkt war ein ganztägiger Systemausfall am 16.08.2024. An diesem Tag stand die rechtsprechende Gewalt für die Bürgerinnen und Bürger quasi nicht zur Verfügung.“*

Die **Ausbildung von volljuristischem Nachwuchs** ist ein staatliches Monopol und daher Pflicht, nicht Kür. Hierzu hatte das Ministerium der Justiz aber vor Kurzem mitgeteilt, es sei aus Geldmangel gezwungen, die Zahl der Ausbildungsstellen für Rechtsreferendarinnen und Rechtsreferendare zu kürzen. Damit fehlt in absehbarer Zeit juristischer Nachwuchs. *„Dieser Schritt trifft alle juristischen Berufe hart. Aber gerade im Hinblick auf die Sicherung der Funktionalität der Gerichte und Staatsanwaltschaften hat das angesichts der bevorstehenden Pensionierungswelle mit einer verantwortlichen, zukunftsorientierten Nachwuchsplanung nicht viel gemein. Als Signal eines potentiellen Arbeitgebers ist diese Entscheidung zudem gegenüber den vielen guten und ambitionierten Absolventinnen und Absolventen des ersten Staatsexamens, die sich für eine Zukunft in der Justiz interessieren würden, leider sehr negativ. Das wird auch von denen, die bereits in der Justiz arbeiten und sich Gedanken machen, wie es weitergehen kann, deutlich wahrgenommen.“*, erklärt Christian Friehoff.

Hinzu kommt, dass die EU-Kommission jetzt im dritten Jahr in Folge das Land mahnt, Richterinnen, Richter, Staatsanwältinnen und Staatsanwälte **ihrem Amt angemessen und nach europäischen Standards zu besolden**, weil der Rechtsstaat sonst gefährdet sei.

„Diese Gemengelage aus schlechten Arbeitsbedingungen und fehlender Wertschätzung ist ein Pulverfass. Der Haushaltsgesetzgeber muss die Justiz insgesamt sehr viel besser ausstatten, um die Probleme in den Griff zu bekommen.“, fordert Christian Friehoff.

Bei Rückfragen wenden Sie sich bitte an: Christian Friehoff: 0175/5977265

Der Bund der Richter und Staatsanwälte in Nordrhein-Westfalen ist mit über 4.100 Mitgliedern bei ca. 5.900 Richtern und Staatsanwälten im Land Nordrhein-Westfalen deren größter Berufsverband.